

AKTIVPOSTEN

## Gegen Willkür der Behörden

Benny Wilhelm kämpft für seine behinderte Tochter

Ob für Datenschutz oder gegen Abschiebung, für Kulturzentren oder gegen Megabahnhöfe – immer öfter entstehen politische und gesellschaftliche Initiativen nicht mehr aus Parteien und anderen Organisationen und Institutionen heraus, sondern werden von Einzelnen gestartet. Es sind Menschen, die aktiv etwas verändern wollen. In Zusammenarbeit mit der Petitionsplattform [change.org](http://change.org) stellt die FR jeden zweiten Samstag einen von ihnen vor.

Der Antriebs für Benny Wilhelms Online-Petition ist ein Gefühl von Ohnmacht und fehlender Gerechtigkeit. Er kämpft „gegen Behördenwillkür“ und will erreichen, dass seine kleine Tochter einen Schwerbehindertenausweis bekommt, der ihr einen Grad der Behinderung (GdB) von 100 attestiert. Laura, im August drei Jahre alt, hat ein Down-Syndrom. Sie ist stark hörschädigt, hat einen Herzfehler, Sehstörungen und entwickelt sich mit großer Verzögerung. Nach ihrer Geburt bekam sie einen Ausweis mit einem GdB von nur 50, obwohl alle erforderlichen Atteste vorgelegen hätten.

Ihr Vater sieht darin eine Ungleichbehandlung. In vielen weniger schweren Fällen seien problemlos Ausweise mit GdB 100 ausgestellt worden, kritisiert er. Die Kommunen legten die Versorgungsmedizin-Verordnung vom Bundesministerium für Arbeit – deutschlandweit die Grundlage für die Schwerbehindertenausweise – offenbar ganz unterschiedlich aus. „Würde ich mit meiner Laura nach Köln ziehen, hätten wir den GdB-100-Ausweis ziemlich sicher.“ Weil die Familie in Wetzlar lebt, richtet sich seine Petition an den hessischen Minister für Soziales und Integration, Stefan Grüttner. Auch die Behindertenbeauftragte des Bundes, Verena Bentele, wird aufgefordert, „die Ungleichbehandlung zu stoppen“.

Für Lauras Eltern wäre ein GdB-100-Ausweis ihrer Tochter ein großer Fortschritt. Ein solcher ist mit den Merkzeichen G („gehbehindert“), B („Begleitperson“) und H („hilflos“) versehen und erweitert den Zugriff auf Hilfen und Vergünstigungen enorm. „Mit dem B darf ich meine Tochter zum Beispiel kostenlos in öffentlichen Verkehrsmitteln begleiten, was bei zahlreichen Arztterminen und Therapiestunden einen großen Unterschied macht“, so Wilhelm. Inzwischen habe das Versorgungsamt Laura immerhin auf GdB 70 hochgestuft und ihr Merkzeichen H zugestanden. Das sei mit B jedoch nicht vergleichbar.

Auch eine gerichtliche Niederlage musste Wilhelm einstecken: Seine Klage wies das Sozialgericht Gießen 2013 ab. Ein Berufungsverfahren läuft. Weil er da kaum noch auf einen für ihn guten Ausgang hofft, hat er die Online-Petition gestartet. „Was soll ich denn machen, wenn Argumente nicht mehr helfen?“ In kurzer Zeit hat er so schon die Unterstützung von fast 20.000 Menschen gewonnen. *Sabine Hamacher*

Der Aufruf findet sich im Internet unter: [www.change.org/laura21](http://www.change.org/laura21)

ANALYSE

## Verflechtung mit Moskau ist keine Friedenspolitik

Deutschland muss die Energieabhängigkeit mit Russland infrage stellen. Dass sie Frieden sichert, widerlegt Russlands Kurs.

Von Jonas Grätz



dass es die Allianz schwächen und die Sowjetunion stärken würde: Westeuropa könne durch stärkere Energieabhängigkeit unter Druck gesetzt werden und politische Handlungsfreiheit einbüßen. Auch würden durch die Aufträge neue Gruppen in Westeuropa geschaffen, die in jedem Fall eine Stärkung der Wirtschaftskooperation eintreten würden. Nicht zuletzt würde die Sowjetunion Deviseneinnahmen erhalten, was ihre Überlebensfähigkeit steigere. Mit ähnlichen Argumenten wandten sich 1982 auch Schriftsteller im unter Kriegsrecht stehenden Polen an die Bundesrepublik.

In der Tat steht das friedenspolitische Argument der Befürworter der Röhrendeals auf wackligen Beinen, während die Argumente der Gegner nachweislich Effekte zeitigen. So ist der etwa von Hans-Dietrich Genscher als Begründung für die Entspannungspolitik betonte Anreizcharakter ein schwaches Argument, da man sich aus der Erdgaskooperation durch den leistungsgeladenen Transport nicht rasch verabschieden kann. Wenn die Röhre einmal in der Erde ist, kann sich auch der Westen nur noch mit großen Kosten aus der Beziehung lösen.

Gewichtig bleiben nur zwei Argumente der Befürworter: Zum einen der psychologische Effekt vertiefter Kooperation. Zum anderen das Interesse an „Systemstabilität“ – die Sowjetunion hatte weniger Gründe, Deutschland anzugreifen, weil sie dort

einen lukrativen Absatzmarkt für Energie gefunden hatte.

Zu den Argumenten der Skeptiker kommt heute hinzu, dass der Kontext inzwischen ein gänzlich anderer ist. Der Kalte Krieg ist vorbei – auf eine ideologische Konfrontation ist insbesondere der Westen nicht gut vorbereitet. Für die erneute Eindämmung Russlands fehlt ihm klar die Kraft und Kohärenz. Dies hatte jedoch seinerzeit auch Genscher als Vorbedingung der Entspannungspolitik angesehen.

Umgekehrt hat Russland auch so schon ein Interesse an „Systemstabilität“, denn es ist bereits gut in die internationale Wirtschaft integriert. Es ist nicht mehr mit einem technologischen Embargo belegt, sondern kann auch militärisch sensitive Technologien frei beziehen. Die wirtschaftliche und finanzielle Durchdringung ist immens – mehr als 6000 deutsche Firmen sind in Russland aktiv, während große russische Konzerne in der EU erhebliche Summen investiert haben. 55 Prozent der russischen Exporte gehen in die EU, 50 Prozent der Importe stammen aus der EU.

In diesem veränderten Kontext kann die energiewirtschaftliche Verflechtung mit Moskau heute nicht als Friedenspolitik gelten. Sie ist nichts weiter als wirtschaftliche Nutzenmaximierung, und zwar für beide Seiten, während sie zugleich die außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands begrenzt. Die Ostseepipeline Nord Stream verdeutlicht dies: Auch von dieser Neuaufgabe des Gas-für-Röhren-Geschäfts hat sich Russland nicht von seinem aggressiven Vorgehen in der Ukraine abhalten lassen. Vielmehr wurden Deutschland durch die Pipeline die Hände gebunden, da eine Diversifikation unterblieben ist.

Die Bundesregierung steht daher vor einem ernsthaften Dilemma: Will sie Deutschlands Handlungsfähigkeit gegenüber Russland erhalten, muss eine Diversifikation der Herkunftsländer und auch der Energiequellen forciert werden. Umsonst ist das nicht zu haben. Aber Kosten würden in der Energiepolitik ja auch an anderer Stelle nicht gescheut.

Jonas Grätz ist Energie- und Sicherheitsexperte am Center for Security Studies der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich.

KOLUMNE

## Lieber Herr Thadeusz!



Was wollen Sie unbedingt vergessen?

möchte? Das ist an vielen Orten der Welt nicht mehr der Rede wert. Auf dem zentralen Platz in Kassel gibt es aber bargeldlos nicht nur nichts, sondern wahrscheinlich eine strenge Ermahnung obendrein.

Bis ich Ihnen zu schreiben begann, hatte ich meinen Plan beinahe vergessen, auf der anderen Seite der Straßenbahnschienen einen Kasseler Konter-Kiosk zu eröffnen. In Großschrift lade ich meine Kunden herzlich ein, sogar für einzelne Streifen Kaugummi mit einem 1000-Euro-Schein zu bezahlen. Würde mich ohnehin freuen, wenn ich endlich den Konsum im größeren Stil ankurbeln könnte. Denn ich begreife mich als Konjunkturmotor. Wachstum durch Shopping. Dabei spielt das Vergessen eine zentrale Rolle. Im Sportgeschäft muss ich vergessen, dass ich mit den

Sportartikeln in meinem Kleiderschrank bereits die Nationalmannschaften mehrerer Schwellenländer ausstatten könnte. Im Tabakgeschäft sollte ich nicht daran denken, wie übel mir wurde, als ich das letzte Mal versuchte, die Pfeife zu rauchen.

Außerdem muss ich vergessen, dass ich keine halbwegsige Tochter habe, die ich vor den Gefahren der Sexualität warnen muss. Es gab noch keinen Kongress, bei dem ich das Wort Paradigmenwechsel benutzen konnte. Gewissermaßen der Dreier-BMW unter den Fremdwörtern. Eben für Leute, die es nötig haben. Keine Gardinenpredigt, keine Auftritte unter Bedeutungshubern, wann sollte ich also die Pfeife wirkungsmächtig einsetzen? Vergesse ich aber augenblicklich, wenn ich den Verkäufer mag. Lasse mir erzählen, die schön geformte Pfeife sei aus dem Horn eines Säbelzahntigers. So geht es immer weiter. Teekannen, Aktentaschen, und warum habe ich noch gleich diese Perlmutterlöffel für gekochte Eier? Weil ich im Fachgeschäft vergessen hatte, dass ich meistens Rührrei esse. Sobald ich einen Campingofen sehe, mit dem sich draußen Eier braten lassen, sollte ich nicht vergessen, dass ich den unbedingt brauche. Für die nicht stattfindenden Picknicks in Kassel.

Jörg Thadeusz ist Moderator.



FREIHANDELSABKOMMEN... MIT LEICHTER SORGE



LEITARTIKEL

## Geiz an Humanität

URSULA RÜSSMANN



Die Flüchtlingspolitik von Schwarz-Rot ignoriert Menschenrechtsstandards, missachtet EU-Recht und stigmatisiert Tausende Menschen in Not – der ideale Nährboden für rechte Ressentiments.

Bisher kann die große Koalition auf ihrem integrationspolitischen Habenkonto nur ein einziges Plus verbuchen: den Abschied vom Optionszwang im Einbürgerungsrecht, der hier geborenen Migranten von Anfang an den Doppelpass zugesteht. Ein echter Schritt nach vorn ist das. Leider aber auch der einzige, der die im Koalitionsvertrag auffindbare Kapitelüberschrift „Willkommens- und Anerkennungskultur stärken“ rechtfertigt.

Aus allem dagegen, was Schwarz-Rot an Antworten auf Fluchtbewegungen präsentiert, spricht nicht nur die implizite Leugnung dessen, was sich in der Welt derzeit an Gewalt abspielt – sondern auch eine erschreckende Nichtachtung anerkannter menschenrechtlicher Standards. Nehmen wir die Erklärung von Bosnien-Herzegowina, Serbien und Mazedonien zu sogenannten sicheren Herkunftsländern, die die Chancen auf Asyl für Flüchtlinge von dort – vor allem Roma – noch weiter gegen null treibt: Die Koalition erklärt Menschen aus diesen Ländern damit pauschal für unverfolgt. Sie tut das, indem sie „Verfolgung“ so eng als rein politische Verfolgung definiert, dass die existenziellen Gefahren, denen etwa Roma ausgesetzt sind, darin

nicht mehr vorkommen. Das ist ein definitorischer Trick, mit dem Berlin gleich gegen mehrere EU-Gesetze verstößt.

Nehmen wir den jüngsten Reformentwurf, vorgetragen vom CDU-geführten Bundesinnenministerium: Flüchtlinge sollen demnach leichter in Abschiebehaft genommen werden, unter anderem wenn eigentlich ein anderes EU-Land für sie zuständig wäre, sie illegal eingereist sind, falsche Papiere haben oder ihren Fluchtweg nicht nennen. Flucht nach Deutschland würde damit praktisch pauschal kriminalisiert, ohne dass nach den Fluchtgründen überhaupt nur mal gefragt würde. Freisetzungs würde, zynischer geht es kaum, zu einem zentralen Instrument der Migrationssteuerung. De Maizières Plan ist noch nicht Gesetz, die SPD protestiert – es wird also wohl noch entschärft. Dabei wäre es das einzig Richtige, diese seit Jahren drastischste Verschärfung des Asylrechts komplett zurückzuziehen.

Warum der Innenminister ausgerechnet jetzt mit diesem Radikalprogramm vorgeschrieben ist, kann man leicht mit der Europawahl erklären. Und mit der Hoffnung, so am rechten Rand noch entschärft. Dabei wäre es das einzig Richtige, diese seit Jahren drastischste Verschärfung des Asylrechts komplett zurückzuziehen.

Dabei ginge es – theoretisch – auch anders. Runde Tische sind zum politisch heftigst beworbenen deutschen Exportartikel aufgestiegen. Warum ist es so abwegig, sie auch hier einzusetzen, um komplexe flüchtlingspolitische Rechts- und Verteilungsfragen im Land. Wer so die Stigmatisierung von Flucht betreibt, liefert der bürgerlichen Mitte Stichworte für fremdenfeindliche Ängste und Ressentiments.

KOMMENTARE

## Wahl gegen die Demokratie

Von Willi Germund

Die größte Demokratie der Welt hat sich für den „sanften Faschismus“ entschieden, wie das Massenblatt „Times of India“ die zukünftige Regierung des Hindunationalisten Narendra Modi schon vor Wochen nannte. Die Mammutnation, die mit ihrer Vielfalt an Kulturen, Sprachen und einem unvergleichlich chaotischen Lebensstil als Vorbild für das funktionierende Zusammenleben verschiedener Religionen und Völker galt, wirft die Tradition der Toleranz über Bord.

Indiens neuer Premier ist kein Demokrat. Er verlangt Unterwerfung im Tausch für politische Leistungen. Indiens Tycoons werden dies ebenso spüren wie politische Gegner und Minderheiten. Einige Inder glauben bereits die dunklen Wolken einer autoritären Scheindemokratie entsprechend dem Putin-Muster in Russland oder der Türkei zu erkennen.

Narendra Modi samt seiner blutbesudelten Karriere erscheint den Indern nach Jahren des Schlendrians unter der Herrschaft der ausgezeherten Kongress-Partei mehr als der einzige verbliebene Alternative denn als Heilsbringer. Sie wissen, dass sie ein Risiko eingegangen sind, als sie bürgerliche Freiheiten in die dritte Reihe ihrer Prioritäten verbannten – und sich für Recht und Ordnung und wirtschaftliches Wachstum entschieden.

## Erdogan ist nicht die Türkei

Von Holger Schmale

Wer schon immer meinte, die Türkei gehöre nicht in die EU, findet nun reichlich Bestätigung für seine Haltung. Die indiskutablen Auftritte von Premier Recep Tayyip Erdogan sind so weit von allem entfernt, was europäische politische Kultur ausmacht, dass man sich ihn nicht an einem Tisch mit den anderen Staatsmännern Europas vorstellen möchte. Wer Bürger mit dem Spruch „Warum rennst du weg, du israelische Brut“ attackiert, offenbart zu allem auch noch einen abstoßenden antisemitischen Zug. Und so einen wahllosen die Türken ein ums andere Mal?! Dann sollen sie uns doch gestohlen bleiben. Oder?

In manchem erinnert Erdogans Verhalten fatal an Silvio Berlusconi, den die Italiener auch immer wieder gewählt haben, unter dem Kopfschütteln der meisten anderen Europäer. Aber niemand ist je auf die Idee gekommen, deshalb Italien aus der EU zu werfen. Und jetzt ist er von der politischen Bühne verschwunden. Für den Umgang mit der Türkei bedeutet das: Erdogan kritisieren und ihm die Grenzen zeigen. Aber zugleich die Beitrittsverhandlungen fortführen, am besten intensiver als bisher, und auch über Menschenrechte. Irgendwann wird auch Erdogan von der politischen Bühne verschwinden. Die Türkei aber bleibt, und ihre Entwicklung zu einem demokratischen islamischen Land in unserer Nachbarschaft zu unterstützen, ist aller Mühen wert.